

Mitteilungsblatt 02.07.2021

Grüne Klimapolitik – außer Spesen nichts gewesen!

In einem der letzten Amtsblätter stellten die Grünen ihre Klimapolitik vor. Der Lösungsansatz, der auch von der aktuellen Schwarz-Roten Bundesregierung verfolgt wird, ist die Einführung bzw. stetige Erhöhung eines nationalen CO₂-Preises.

Angedacht ist dabei, dass durch die stetige Erhöhung des CO₂-Preises der Druck entsteht, weniger Auto zu fahren und weniger zu heizen. Allerdings sollen die Mehrkosten, die dem Bürger durch einen erhöhten CO₂-Preis entstehen, ihm durch Senkung der EEG-Umlage, was Strom verbilligen würde, in Form eines „Energiegeldes“ wieder zurück gegeben werden.

Fakt ist: Wer beim Strom durch eine gesenkte EEG-Umlage Kosten spart aber sowieso schon kaum über die Runden kommt, der wird sich garantiert ein neues spritsparenderes Auto – am besten noch ein Elektroauto – leisten wollen bzw. können (Ironie Ende). Insofern wird der Effekt für das Klima überschaubar sein. Überschaubar wird hingegen eines nicht sein: der bürokratische Aufwand. Der Staat legt fest, wer wie viel Energiegeld bekommt, also letztlich eine Entschädigung dafür, dass er sich klimaschädlich verhalten hat und deswegen – in einem ersten Schritt – mehr zahlen muss.

Unser bereits vorgestellter FDP-Vorschlag ist es, den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterzuentwickeln und jeden CO₂-Ausstoß – sei es Auto oder Kohlekraftwerk – in ein einheitliches System einzubeziehen, um die CO₂-Mengen wirksam zu reduzieren. Die gesteuerte Verknappung der Zertifikate garantiert die gewünschte Reduktion der CO₂-Emissionen unter Berücksichtigung der effizientesten Technologien, nämlich die mit den niedrigsten CO₂-Vermeidungskosten. So wird ein schneller Kohleausstieg ganz ohne gesetzlichen Zwang Realität. Und die Brückentechnologien Gas und Wasserstoff werden über Nacht finanziell attraktiv, die CO₂-Abscheidung und -Speicherung in Kraftwerken und Industrie schnell zum Standard.

Fest steht, dass es Klimaschutz nicht zum Nulltarif geben wird. Wer anderes behauptet, der betreibt das politische Geschäft mit Heuchelei.

Wir als FDP wollen eventuellen durch einen Emissionshandel verursachten Mehrkosten der Bürger durch die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlages systematisch und strukturell entgegentreten und nicht einfach mit Hilfe des Staates umverteilen – eines Staates, in dem die Steuern und Lohnnebenkosten so hoch sind wie in sonst keiner Industrienation. Weiterhin wollen wir überflüssige Bagatell- und Lenkungssteuern wie die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer, die Biersteuer oder die Kaffeesteuer abschaffen. Die Beibehaltung dieser Steuern verursacht viel Bürokratie. Demgegenüber stehen nur geringe Einnahmen.

Zusammenfassend hat unser Bundestagskandidat Tim Nusser das so kommentiert: „Wichtig ist, dass in einem Rechtsstaat der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit universell, d.h. auch bei der Klima- und der Steuerpolitik gilt. Das scheinen die Grünen in Person von Herrn Kretschmann, der sich gerade bei der Pandemie-Prävention unverhältnismäßige Bekämpfungsmaßnahmen wünscht, anders zu

sehen. Ich erwarte von einem Ministerpräsidenten mehr Respekt vor der Verfassung. Denn was präventiv nicht erforderlich ist, ist nicht verfassungsgemäß.“